63. Jahrgang. № 62. Dienstag, 4. März 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 4.50 M. monatlich 1.60 M. Anzeigen-Preise. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 25 Pf. Vorzugsplätze u. Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen i. Tarif. 50% Teuerungszuschlag. — Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlung. — Belegbl. 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Belagerungszustand über Groß-Berlin verhängt.

Groß-Berlin in Belagerungszustand.

Berlin, 3. März. Um die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins vor den terroristischen Anschlägen einer Minderheit zu schützen und vor Hungersnot zu bewahren, hat das preußische Staatsministerium für den Landespolizeibezirk Berlin, für Spandau, Teltow und Niederbarnim den Belagerungszustand erklärt. Die vollziehende Gewalt geht auf den Oberbefehlshaber in den Marken, Reichswehrminister Noske, über, der in Ausführung des Belagerungszustandes besondere Verordnungen erläßt, die an die Bevölkerung eine Warnung vor Verbrechen und Ausschreitungen mit dem Hinweise auf die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte richten.

Neue spartakistische Unruhen in Berlin.

Berlin, 3. März. Nachdem der Antrag der Kommunisten auf Errichtung des Generalstreiks für Berlin angenommen worden war, haben sich sofort an verschiedenen Stellen der Stadt spartakistische Unruhen gezeigt. So kam es zu Ansammlungen auf dem Alexanderplatz und zu kleinen Schießereien, die leider auch bereits einige Tote zum Opfer forderten. Auch in der Brunnenstraße, der Invalidenstraße, Auklamerstraße und Weinmeisterstraße haben spartakistische Putsche eingesetzt. Soldaten und Polizeibeamte wurden angehalten und mißhandelt. Vier Polizeireviere in der Nähe der Invalidenstraße wurden gestürmt, die Telephonleitungen durchschnitten. Ein Angriff auf den Nordbahnhof ist seitens der militärischen Besatzung abgeschlagen worden. Am Alexanderplatz wird geplündert. Alles deutet darauf hin, daß die Spartakusleute Berlin wie im Januar terrorisieren wollen. Sie werden an dem festen Willen der Regierung, die die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrechterhalten wird, einen unüberwindlichen Widerstand finden.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 3. März. Der Streik in den Zeitungsdruckereien von Mosse, Scherl, Ullstein und Büchsenstein dauert fort. Auch die „Kreuz-Zeitung" erscheint noch nicht wieder.

Königsberg Etappe für den russischen Vormarsch.

Königsberg, 3. März. Heute früh sind Regierungstruppen in die Stadt eingerückt. Die Armee- und Marinevolkswehr wurde entwaffnet. Ihr Hauptquartier im Schlosse, sowie ihre übrigen Unterkünfte sind von den Regierungstruppen besetzt worden.

Königsberg, 3. März. Die Matrosen und Spartakisten haben sich nach der Vertreibung aus dem Schlosse und der Mehrzahl der übrigen Stützpunkte in größerer Zahl auf dem Sackhof festgesetzt, wo sie an der Zivilbevölkerung, die sich zum Teil ebenfalls an dem bewaffneten Widerstand gegen die Regierungstruppen beteiligte, einen Rückhalt haben. Es sind Barrikaden erbaut und Maschinengewehre aufgefahren. Die Regierungstruppen haben den Stadtteil abgesperrt. Die Entwaffnung ist teilweise bereits durchgeführt. Die Verluste auf seiten der Spartakisten sollen erheblich sein.

Ueber die Ereignisse und ihre Vorgeschichte erfahren wir folgendes:

Die Bemühungen des Reichskommissars Winnig, mit dem Vollzugsrate des 1. Armeekorps eine Vereinbarung über die Auflösung der Wehr und die Neubildung einer anderen zuverlässigen Wehr unter Ausmerzung zweifelhafter Elemente zu treffen, hatten seit einigen Tagen den Behörden die Gewißheit gebracht, daß die spartakistische Agitation darauf ausging, Königsberg in die Hände zu bekommen. Zugleich waren in den letzten Wochen einige hundert Matrosen truppweise nach Kowno gegangen. Man stand hier dem Plane gegenüber, Königsberg und Kowno in die Hand zu bekommen, und so eine

Etappenstraße Berlin—Moskau zu bilden.

Als der Vollzugsrat des 1. Armeekorps, entgegen dem Beschlusse des Großen Soldatenrats und über den Kopf des Reichskommissars hinweg, die Verschmelzung der Volkswehr mit dem Sicherheitsdienste verfügte, war kräftiges Zugreifen ein Gebot der Pflicht. Heute morgen wurde die Kaserne der Volkswehr von Regierungstruppen umstellt und die Mannschaften der Volkswehr aufgefordert, die Waffen abzugeben. Sie kamen dieser Aufforderung meist nach. Nur die in der Roonschule liegenden Teile leisteten heftigen Widerstand, der durch Artillerie und Infanterie gebrochen wurde. Auch im Schlosse kam es zu einigen Kämpfen, die nach kurzer Zeit mit dem Siege der Regierungstruppen endeten. Das Generalkommando des 1. Armeekorps hat den Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Zurzeit sind die Regierungstruppen noch mit der Säuberung der einzelnen Widerstandsnester beschäftigt, die sich an verschiedenen Stellen der Stadt gebildet haben.

Heftige Kämpfe mit den Sowjettruppen.

Libau, 3. März. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Libau teilt mit: In den letzten Tagen fanden an der Windaufront mehrfach heftige örtliche Kämpfe mit den Sowjettruppen statt. Auf Goldingen unternahmen die Bolschewisten mit starken Kräften einen Vorstoß, der von den dort stehenden Verbänden der baltischen Landeswehr restlos abgeschlagen wurde. Reichsdeutsche Truppen nahmen mit einem Handstreich den Ort Murajewo, der als Knotenpunkt der Eisenbahnlinie nach Mitau und Scholen große Bedeutung besitzt. Im Zentrum der Kampflinie, das auf unserer Seite von den lettischen Abteilungen der Landeswehr unter dem Obersten Kolpack besetzt gehalten wird, herrscht Ruhe, doch wird erwartet, daß der von Trotzki befohlene allgemeine Angriff der Sowjettruppen angesichts der milden Witterung an der ganzen Front nicht lange auf sich warten lassen wird.

Die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, den 3. März.

Heute haben die Schiffahrtssachverständigen, insbesondere die Vertreter der großen Reedereifirmen, darunter Direktor Heinecken vom Norddeutschen Lloyd und Direktor Holtzendorff von der Hamburg-Amerika-Linie, Besprechungen mit der Waffenstillstandskommission gehabt. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Zurverfügungstellung der deutschen Schiffe zu den Lebensmitteltransporten. Wie aus den verschiedenen Erklärungen des Staatssekretärs Erzberger bekannt ist, können die Lebensmitteltransporte erst erfolgen, wenn die drei Abkommen, nämlich das Schiffahrtsabkommen, das Finanzabkommen und das eigentliche Lebensmittelabkommen, unterzeichnet sind. Der Verband scheint nun die Absicht zu haben, das Finanzabkommen und das eigentliche Lebensmittelabkommen erst dann zu unterzeichnen, wenn die deutschen Schiffe in englischem bzw. amerikanischem Dienst fahren. Nicht mit Unrecht wird auf deutscher Seite demgegenüber darauf bestanden, daß erst die Abkommen unterzeichnet werden, bevor man die deutschen Schiffe dem Verbande zur Verfügung stellt. Andernfalls hätten wir kaum eine Möglichkeit, uns davor zu schützen, daß die Schiffe vom Verbande dauernd in Beschlag genommen werden. In den heutigen Besprechungen, die im allgemeinen einen rein informatorischen Charakter trugen, waren sich Regierung und Reeder darüber vollkommen im klaren, daß unter keinen Umständen Schiffe ausgeliefert werden sollten, bevor eine Rechtsgrundlage für die Lebensmittelsendungen und ihre Bezahlung überhaupt geschaffen ist. Auch darüber ist man vollständig einig, daß auch die im Bau befindlichen Schiffe nicht abgeliefert werden. Heute nachmittag hat auch das Gesamtkabinett zu diesen Fragen Stellung genommen und ist zu demselben Ergebnis gekommen. Man ist fest entschlossen, die Forderung des Verbandes, die im Bau befindlichen Schiffe auszuliefern, abzulehnen.

In gewissen Kreisen wird der Plan erwogen, zur Sicherheit der Bezahlung der zu erwartenden Lebensmittel die Schiffe zu verpfänden. Auch in Regierungskreisen scheint dieser Gedanke Eingang gefunden zu haben. Dem kann nicht energisch genug widersprochen werden, da die Schiffe heute das wertvollste Objekt sind, das ein Staat überhaupt besitzen kann. Wir brauchen unsere Schiffe auch noch späterhin zur Herbeischaffung der Rohstoffe und werden nur dann in der Lage sein, einigermaßen mit dem Auslande konkurrieren zu können, wenn wir in Bezug auf die Frachten auch nicht dem englisch-amerikanischen Diktat zu gehorchen brauchen. Unter allen Umständen muß darauf gedrungen werden, daß zur Bezahlung der Lebensmittel die heute noch in deutschem Besitze befindlichen ausländischen Wertpapiere dem Reiche zur Verfügung gestellt werden. Diese Werte aufzugeben, ist für die Allgemeinheit viel weniger bedenklich, als es eine Verpfändung unserer Schiffe sein würde.

Die Grundlage der Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Bern, 3. März. Lyoner Blätter geben heute in einer Pariser Meldung eine Grundlage der Bedingungen, die von dem alliierten Ausschuß der Pariser Konferenz für die Verlängerung des Waffenstillstandes zugrunde gelegt worden sind. Die

deutschen Heeresbestände

dürfen danach 200 000 Mann nicht übersteigen. Leitung und Ausrüstung dieser Truppen sind strengen Regeln unterworfen. Artillerie und Flugwesen werden aufs schärfste überwacht und dürfen die von den Alliierten festgesetzten Grenzen nicht überschreiten. Den in Deutschland in Betrieb erhaltenen Kriegswerkstätten wird ein Höchstmaß der Produktion vorgeschrieben sein. Ein interalliierter Inspektionsausschuß wird eine ständige Kontrolle der Truppen und Fabriken durchführen.

Die deutsche Flotte,

anscheinend die Kriegsflotte, wird völlig beschlagnahmt, sowohl die internierten wie die im Bau befindlichen Schiffe. Alle Verteidigungsanlagen an der Ostseeküste müssen zerstört werden. Die überseeischen Kabel deutscher Gesellschaften gehen in den Besitz der Alliierten über. Deutschland hat auf die Dauer von 30 bis 50 Jahren jährlich eine Summe von

10 bis 20 Milliarden

an einen internationalen Finanzausschuß zu zahlen, der die Modalitäten der Zahlungsweise zu regeln hat. Voraussichtlich werden besondere Steuern zur Abtragung der Schulden Deutschlands herangezogen werden und außerdem die Erträgnisse der deutschen Zölle. Die augenblickliche Besetzung des Rheinufers wird während dieser Zeit vollaufrechterhalten bleiben. Eine aus ethnischen und strategischen Erwägungen festgesetzte Demarkationslinie wird Deutschland und Polen, sowie Deutschland und Oesterreich trennen.

Berlin, 3. März. Die deutschen Unterhändler für die am Dienstag, den 4. März, nachmittags 6 Uhr, beginnenden Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanzabkommen sind am 3. März abends vom Anhalter Bahnhof nach Spa abgereist. Den Vorsitz der drei deutschen Kommissionen für die genannten Abkommen in Spa führt, wie bereits früher mitgeteilt, Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt v. Braun. Stellvertretender Vorsitzender ist Dr. Melchior.

Die Beratungen in Paris.

(Drahtmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)

Haag, 2. März. Präsident Wilson schifft sich am kommenden Mittwoch auf dem „George Washington" ein und kann also am 14. März in Paris wieder eintreffen. Man rechnet jetzt damit, daß die deutschen Delegierten bereits im April in Versailles zur Unterschrift des Präliminarfriedens ankommen werden. Die Beratungen in Paris werden äußerst wichtig sein, besonders die Besprechungen über die Abschaffung der Unterseeboote.

Völkerbund, Völkerversöhnung und Friede.

Präsident Wilson ist bekanntermaßen der geistige Urheber des Völkerbundgedankens, dem er auch selbst die erste greifbare Gestalt durch Ausarbeitung eines Satzungsentwurfes verliehen hat. Es ist daher von besonderem Interesse, zu erfahren, wie der Meister selbst sein Werk beurteilt, welche Hoffnungen er darauf setzt und welche Wirkungen er sich davon verspricht. Dabei ergibt ein Vergleich zwischen früheren und jetzigen Aeußerungen des Präsidenten einen Maßstab zur Beurteilung der Aussichten, die sich der Verwirklichung des Planes in der praktischen Politik unter Berücksichtigung der inzwischen angesammelten Widerstände und Hemmungen eröffnen.

Zuerst war Wilson Feuer und Flamme für sein Projekt, das er als ein Mittel zur endgültigen Beseitigung des Krieges unter den zivilisierten Nationen pries. Dieser Erfolg soll dadurch erzielt werden, daß dem Völkerbund im Gegensatz zu allen bisherigen völkerrechtlichen Einrichtungen, eine überstaatliche Zwangsgewalt verliehen wird. Das zu dem Zwecke geschaffene Organ ist der Vollzugsausschuß, der aus einer jährlich zu berufenden Delegiertenversammlung und einem ständigen internationalen Gerichtshof besteht. Ein ständiges Schiedsgericht kennt der Völkerbunds-Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung nicht, vielmehr können streitende Parteien jederzeit ein besonderes Schiedsgericht vereinbaren. Kommt auf solche Weise keine Einigung zustande, so wird die Sache vor den internationalen Gerichtshof verwiesen, der nötigenfalls die Ausführung seines Urteils durch Ueberweisung der Vollstreckung an den Vollzugsausschuß zu erzwingen hat. Der Völkerbund soll aber nach den bisherigen Auslassungen Wilsons nicht bloß ein mechanisches Mittel zur Sicherung des Weltfriedens sein, sondern auch die allgemeine innere Versöhnung und Annäherung der Völker herbeiführen. Bezeichnend für das Abflauen von Wilsons erst so hochfliegenden Anschauungen ist das von ihm neuerdings öffentlich gemachte Zugeständnis, daß der Völkerbund nicht imstande sein werde, Kriege überhaupt zu verhindern.

Kann somit Präsident Wilson schon jetzt nicht mehr daran glauben, daß der Völkerbund das eine seiner beiden Hauptziele, die Ausmerzung des Krieges aus den Mitteln einer zivilisierten Staatskunst, in seiner gegenwärtigen Gestalt erreichen werde, so steht es auch mit dem anderen Hauptpunkt, der Völkerversöhnung, nicht besser. Der englische Einfluß hat hier den Sieg davongetragen und die Erfüllung der obersten Voraussetzung einer versöhnlichen Wirkung des Völkerbundes, die vorbehaltlose Aufnahme Deutschlands, hintertrieben. Deutschland soll erst eine Bußfrist durchmachen, erst Garantie für künftiges dauerndes Wohlverhalten geben müssen, ehe es für würdig befunden wird, als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund einzutreten. Außerdem sollen ihm im krassen Widerspruch mit dem Wilsonschen Programm die Kolonien vorenthalten und unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt werden. Das alles schlägt dem von Wilson aufgestellten internationalen Versöhnungsprinzip ins Gesicht. In Amerika selbst macht sich in richtiger Erkenntnis der großen Schwächen des Entwurfes eine starke Opposition dagegen geltend.

Die amerikanische Opposition richtet sich hauptsächlich gegen die überstaatliche Gewalt des Vollzugsausschusses und damit gegen einen Lebensnerv des Völkerbundes. Die Amerikaner sind nicht geneigt, einen Teil der Souveränität ihrer Nation zugunsten der Befugnisse des Vollzugsausschusses zu opfern, weil sie davon eine Beeinträchtigung der Monroedoktrin befürchten, welche die Alleinherrschaft der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent feststellt und jede europäische Einmischung ausschließt. Insbesondere fühlt sich die amerikanische Oeffentlichkeit durch die Möglichkeit beunruhigt, daß Japaner mit gleichen Rechten wie weiße Einwanderer in die Vereinigten Staaten kraft Völkerbundbeschlusses zugelassen werden könnten. Die Agitation gegen den Völkerbund kann sich keines wirksameren Mittels bedienen, als des Hinweises auf eine derartige, den amerikanischen Begriffen der strengsten Rassenreinheit drohende Gefahr. Die kritischen Widerstände gegen den Entwurf beschränken sich übrigens nicht auf Amerika. Auch in England machen sich starke Einwände geltend, die darin gipfeln, daß die britische Vormachtstellung zur See durch den Völkerbund bedroht werden könnte. In Frankreich will man ebenfalls vom Völkerbund außerhalb der sozialistischen Kreise so gut wie gar nichts wissen. Dort ist man ziemlich allgemein mit dem internationalen Glaubensbekenntnis Clémenceaus einverstanden, wonach für Frankreich das Heil der Zukunft allein in der Beibehaltung des alten Bündnissystems liegen soll. Nach alledem kann man ungefähr ermessen, welche Schwierigkeiten sich auftürmen, wenn es erst gilt, dem Vollzugsausschuß genau umschriebene Zuständigkeiten zuzuweisen. Soll er wirklich als übergeordnetes Zwangsorgan mit Erfolg wirken können, so muß er auch die Befugnis haben, gegen widerspenstige Elemente des Völkerbundes dessen bewaffnete Macht auf den Plan zu rufen. Daß dann aber Eifersüchteleien und Meinungsverschiedenheiten unter den Mächten über die Verteilung der militärischen Lasten und Kosten einer solchen Exekutive und über den Oberbefehl entstehen würden, erscheint unvermeidlich.

SLUB
Wir führen Wissen.